

# BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

## KLARTEXT



## INNEHALTEN

Jenseits von Vorweihnachtshektik und Feiertagszerstreuungen bedeutet der Jahresausklang immer auch ein Innehalten. Gedanklich lassen wir Vergangenes vorbei- und Zukünftiges heranziehen – angesichts der Ereignisse in 2008 eher sorgenvoll denn heiter: Das fängt an bei der Finanzkrise, die wohl eine radikale Änderung von Denkmustern nach sich ziehen wird, und hört auf bei...? „Was sich jeweils ereignet, mag einmalig und neu sein, aber so neu ist es nie, als dass nicht längerfristig vorgegebene gesellschaftliche Bedingungen das je einmalige Ereignis ermöglicht hätten.“ Diese Worte des Historikers Reinhart Koselleck beruhigen nicht. Sie verweisen auf unser aller Tun, die wir die Welt, in der wir leben, letztlich selbst prägen.

Was wir alle (nicht nur ein paar Banker!) brauchen, ist Demut. Demut angesichts der unauflösbaren Verschränkung von Vergangenheit und Zukunft, die uns im Heute oft hilflos macht. Demut aber auch vor unserer Pflicht, Geschehenes zu vergegenwärtigen, um die Zukunft gerechter zu gestalten.

Einen besinnlichen Jahreswechsel wünscht Euch

Ludwig Stiegler, MdB  
Vorsitzender der BayernSPD

## IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS  
Verantwortlich: Rainer Glaab  
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION  
Georg-von-Vollmar-Haus  
Oberanger 38 / II, 80331 München  
TEL (089) 23 17 11 0  
FAX (089) 23 17 11 38  
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

## DIENT DER MENSCH NUR NOCH DEM KAPITAL?

Im Zeichen der weltweiten Finanzwirtschaftskrise mischt der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, sich ein mit seinem neuen Buch „Das Kapital“, das er bereits im Sommer des Jahres geschrieben hat und das jetzt bei Erscheinen an Aktualität weiter gewinnt. Dort reklamiert er die soziale Verantwortung von Unternehmen, die auch in Zeiten der Globalisierung gelten muss.



Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising.

» Ein Kapitalismus ohne Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit hat keine Moral und auch keine Zukunft. «

» Die Globalisierung der Märkte muss durch eine Globalisierung von Solidarität und Gerechtigkeit ergänzt werden. «

Reinhard Marx

Das Kapital darf nicht zum Goldenen Kalb stilisiert werden, um das die ganze Menschheit herumtanzen soll. Und vor allem darf nicht die Arbeit als bloßer Kostenfaktor dem Kapital untergeordnet werden. Im Gegenteil: Es gilt das Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital. Das ist eine zentrale Aussage der Katholischen Soziallehre.

Warum? Der Arbeit kommt der Vorrang zu, weil sie immer menschliche Arbeit ist. Geld, Kapital besitzt der Mensch als einen ihm äußerlichen Gegenstand. Die Arbeit hingegen ist nicht von dem Menschen zu trennen, der sie verrichtet, sondern ist zutiefst mit ihm verbunden. Deshalb hat die menschliche Arbeit Anteil an der Würde des Menschen.

Papst Johannes Paul II. hat dies in seiner berühmten Enzyklika Laborem exercens von 1981 ausführlich erläutert. Er bestreitet damit keineswegs die Rechte der Kapital-Eigentümer. Er betont lediglich, dass die Kapitalinteressen dort zurückzutreten haben, wo sie in Konflikt mit der Würde der Arbeit geraten. Kein Profit rechtfertigt entwürdigende Arbeitsbedingungen.

Die Würde der menschlichen Person in den Mittelpunkt zu stellen, das ist auch heute noch der richtige Ansatz. Was wir demnach nach meiner festen Überzeugung brauchen, ist eine Erweiterung des Shareholder-Ansatzes zum Stakeholder-Ansatz. Als Stakeholder eines Unternehmens werden alle sozialen Anspruchsgruppen bezeichnet, die jeweils eigene spezifische Informationsbedürfnisse und Anliegen gegenüber dem Unternehmen haben.

Das heißt auf gut Deutsch: Die Manager in den großen Unternehmen haben nicht nur die Rendite der Aktionäre im Blick zu behalten, sondern auch die be-

rechtigten Interessen der Beschäftigten, der Kunden, der ganzen Gesellschaft und auch der Umwelt. Das Kriterium für die Anerkennung von Stakeholdern ist also die ethisch begründbare Legitimität ihrer Ansprüche.

Mit Unternehmensleitlinien und -grundsätzen präsentieren sich nahezu alle großen Konzerne im Sinne des Corporate Citizenship als sozial-ökonomische Größen, die sich der Gesellschaft als mitgestaltende Akteure verpflichtet wissen. Allerdings haben zahlreiche Ereignisse der letzten Zeit wieder einmal deutlich gemacht, dass Papier geduldig ist und Selbstverpflichtungen in Leitlinien und Kodizes angesichts der menschlichen Schwäche wohl nicht ausreichend sind. Wichtige berechnete Ansprüche müssen auch durch Recht und Gesetz geschützt werden. Aber was nicht gesetzlich verboten ist, ist noch lange nicht moralisch erlaubt. ■

Der Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem neuen Buch von Erzbischof Reinhard Marx mit dem Titel „Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen“ entnommen. Das Buch mit 320 Seiten ist im Pattloch Verlag erschienen und kostet 19,95 Euro. Die Bewertung der Redaktion: Auf alle Fälle lesenwert. Mit vielen interessanten Fundstellen und aufgezeigten Zusammenhängen.

## AUS DEM INHALT

Seite 2: Kabinett und Koalitionsvertrag  
Seite 3: Landesbank und Sparkassen  
Seite 3: Konjunkturprogramm für Bayern  
Seite 4: Die Neuen im Landtag  
Seite 5: Kampf um Versammlungsrecht  
Seite 6-7: Wir stehen zu Europa  
Seite 8: Freistaatsfeier in Berlin  
Seite 10: Kommunale Daseinsvorsorge  
Seite 12: Unser Weihnachtspreisrätsel

## 3 FRAGEN AN


**HARALD GÜLLER, MDL  
PARLAMENTARISCHER  
GESCHÄFTSFÜHRER**

**Du bist (wieder) parlamentarischer Geschäftsführer. Franz Maget hat Dich als „Generalsekretär“ der SPD-Fraktion vorgestellt. Was heißt das?**

Als Parlamentarischer Geschäftsführer unterstütze ich nicht nur die Arbeit des Fraktionsvorsitzenden und organisiere die Arbeit der Fraktionsgeschäftsstelle, sondern bin politisch mit verantwortlich, wenn es darum geht, Standpunkte der Fraktion zuzuspitzen und zu vertreten. Gleichzeitig ist man im Team mit den anderen Vorstandsmitgliedern auch für die politische Richtung und Strategie für die kommenden Jahre zuständig. Also insgesamt ein spannender Job.

**Die CSU hat eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Sind schon Auswirkungen auf ihr Verhalten im Parlament erkennbar?**

Leider hat die CSU im Landtag noch nicht kapiert, dass die Zeiten der Alleinherrschaft vorbei sind. Bei den Besetzungen der Ausschüsse hat sie so lange bei der Anzahl der jeweiligen Mitglieder getrickelt, bis sie in jedem Fall immer eine Blockademehrheit hat. Das heißt, dass sie die Hälfte der Stimmen im Ausschuss hat – und das bei einem Wahlergebnis von 43,4 Prozent! Der SPD hat sie dadurch jeweils einen Sitz gestohlen. Möglich war dies mit Hilfe der FDP, die sich zum bedingungslosen Anhängsel der CSU gemacht hat. Von „Bürgerrechtspartei“ merkt man da nichts – Hauptsache, die Ausstattung mit Posten stimmt.

Gegen die verfassungswidrige Ausschussbesetzung bereiten wir übrigens gerade eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor.

**Die SPD hat in der Opposition jetzt zwei Mitbewerber. Was bedeutet das für die Arbeit der Fraktion?**

Der Kampf um eine gute Berichterstattung in den Medien wird dadurch sicher noch härter; viele Arbeitsprozesse im Landtag werden mühsamer. Es ist eben eine Herausforderung, bei der die SPD aber mit 39 Abgeordneten sicher gut gegenüber den zwei kleinen Oppositionsparteien bestehen kann. Es bedeutet für uns Abgeordnete eben: Viel, viel inhaltlich arbeiten, Termine wahrnehmen und vor Ort präsent sein – damit unser Wahlergebnis besser wird.



Ein Blick auf Horst Seehofers Skizzenheft dokumentiert die wesentlichen Grundzüge der Entstehung seines Kabinetts.

## SEEHOFERS KABINETT: STATT NEUANFANG CHANCEN VERTAN

*SPD-Fraktionsvizin  
Johanna Werner-  
Muggendorfer  
...zur Besetzung der  
Ministerposten:*



**Nix Bessers  
kimmt net  
nach! «**

*...zum Zuschnitt der  
Ministerien:*



**Des ist was,  
und des is auch  
wieder nix. Und  
des ist a bisserl  
mehr nix wia  
was. «**

**F**ür Überraschung sorgte das erste Kabinetts von Horst Seehofer fünf Wochen nach der Landtagswahl schon. Freilich eher wegen seltsamer Auswahlkriterien als wegen einer gewissen Zukunftsgewandtheit. Das gilt auch für die neue Ressortzuschnitte. Fazit: Von einem Aufbruch ist nichts zu spüren. Vieles bleibt beim Alten. Nichts verändert sich zum Besseren. Gleich geblieben ist die Größe des Kabinetts. Bei der Ministerrunde denkt auch ein Horst Seehofer nicht an eine Verschlangung. Und er muss ja auch noch drei FDP-Figuren unterbringen. Und so toll war sein Bastelmaterial auch wieder nicht, wie die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Johanna Werner-Muggendorfer als gelernte Erzieherin festgestellt hat.

Also bleibt draußen, was nicht gebraucht wird. Zum Beispiel die „Ü 60“, die über 60-jährigen. Über die Altersbegrenzung stolpern nicht nur Beckstein und Huber (Finanzen) (die beiden wohl aus anderen Gründen) ins Aus, sondern auch Bernhard (Umwelt), Miller (Landwirtschaft), Stewens (Soziales) und Goppel (Hochschule). Wir freuen uns auf den 4. Juli 2009. An diesem Tag wird Horst Seehofer 60 Jahre alt. Und nach seiner Logik müsste er sich dann selbst aus dem Verkehr ziehen. Man wird sehen. Seit dem Beckstein-Intermezzo hat die CSU genug von den Franken. Nur die

Oberbayern sind richtige Bayern, denkt sich der Ober-Bayer Seehofer. Deshalb wird sein Stellvertreter auch ein Oberbayer. Und vier weitere Minister. Also kommt die Hälfte der Ministerriege von da. Für die anderen Bayern-Reste reicht die Hälfte aus. Glaubt Seehofer und geht auf Goodwill-Tour durch Franken. Die Schwaben, die Niederbayern und die Oberpfälzer sagen ohnehin nix mehr. Die Zahl der Frauen bleibt sorgsam auf fünf begrenzt – bei 18 Kabinettsposten. Da bleibt alles beim Alten.

Und dann kommt der Regionalproporz, der Konfessionsproporz, die Unterbringung von Freunden und Spezln und CSU-Mächtigen. Kompetenz wird da natürlich zum Kriterium, das unter den Tisch fällt. Und bei manchen Entscheidungen bleibt Ratlosigkeit: Warum es beispielsweise den Tierarzt Marcel Huber ins Kultusministerium verschlagen hat...

Geheimnisvoll bleiben auch die neuen Ministeriums-zuschnitte. Der Verbraucherschutz, mit Gammelfleisch wichtiges Politikfeld der letzten Wahlperiode, ist jetzt auf vier Ministerien verteilt mit Federführung bei der Justiz. Gesundheit ist zwischen Umwelt- und Sozialministerium gesplittet. Der „ländliche Raum“ findet überhaupt nicht mehr statt – kein Ministerium, keine Stabsstelle; die Regionalentwicklung wird weiter ein Kümmerdasein im Wirtschaftsressort führen. Besser ist nix geworden. ■

## LANDESBANK:

### WAS KOMMT NOCH ?

Die CSU-Staatsregierung hat Staatsmonopoly gespielt. Mit der Bayerischen Landesbank (BayernLB). Das heißt: Mit Geld, das den Freistaat und den Sparkassen gehört. Und hat Geld verloren, das immer mehr wird. Derzeit wären 6,4 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds notwendig. Ob es dabei bleibt?

Zur Ruhe kommt die Landesbank jedenfalls nicht. Sehr zum Unbehagen des neuen FDP-Wirtschaftsministers Zeil, der jetzt vorgeprescht ist: Er will die Landesbank verkaufen, loswerden. Nur ein Schnellschuss?

Die Landesbank-Krise spielt keine Rolle im Koalitionsvertrag: CSU und FDP haben tagelang beraten. Eine Aussage über die zukünftige Entwicklung und Aufgabe der Landesbank treffen sie nicht.

Kaum hat der Münchner CSU-Vorsitzende Bernhard die (Wieder-)Aufnahmeprüfung als Umweltminister nicht geschafft, wird auch noch ein 2 Millionen-Darlehen an die Münchner CSU bekannt. Von der Landesbank.

Als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank berichtet Sparkassenchef Naser, die alte Regierung habe seit Wochen gewusst, was auf die Bank zukommt, und man habe aus Rücksicht auf die Wahlchancen der CSU vor der Landtagswahl die wahren Zahlen nicht veröffentlicht. ■

## DER GASTKOMMENTAR:

### BAYERISCHE LANDESBANK – WEGE AUS DER KRISE

– von Dr. Ernst Wolowicz,  
Stadtkämmerer der Landeshauptstadt  
München –

Die Bayerische Landesbank hat sich wie viele andere Landesbanken und private Banken im subprime-Markt verspekuliert. Derzeit wird das Risikopotenzial mit 6,4 Milliarden Euro beziffert. Ob dies schon das Ende der Fahnenstange ist, weiß allerdings keiner.

In den aktuellen Presseberichterstattungen entsteht manchmal der Eindruck, man bräuchte keine Landesbanken – aber das Gegenteil trifft zu:

Für Sparkassen, die sich in der aktuellen Finanzkrise als stabilisierender Faktor erweisen, sind sie unverzichtbar zu ihrer Einbindung in internationale Kapitalmärkte, zur eigenen Refinanzierung, bei Großfinanzierungen und bei der Begleitung von Kunden auf internationale Märkte.

Mit diesen Geschäftsfeldern können die Landesbanken ihre Kapazitäten jedoch nicht auslasten, was zu den fatalen Engagements in risikoreichen Finanzanlagen führte. Es müssen daher Geschäftsmodelle entwickelt werden, die auskömmliche Erträge bei überschaubaren Risiken sichern.

Die Sparkassen benötigen zur Bereitstellung entsprechender Dienstleistungen



Münchens Stadtkämmerer Ernst Wolowicz fordert die Staatsregierung auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

nicht mehrere Landesbanken, sondern diese Aufgabe könnte auch von einem Institut erfüllt werden. Damit würde dem Unsinn paralleler Landesbankniederlassungen im Ausland ein Ende bereitet werden. Die Landesbanken müssen daher zu wenigen Einheiten und schließlich zu einem leistungsfähigen Spitzeninstitut zusammengeschlossen werden.

Diese fusionierten Landesbanken wären stark genug für den Wettbewerb mit privaten Großbanken. Sie blieben schon aufgrund ihrer Eigentümerstruktur aus Bundesländern und Sparkassen dem Finanzplatz Deutschland treu und würden nicht von Investoreninteressen ferngesteuert. Die Sparkassen könnten durch ein starkes Spitzeninstitut ihre Leistungsfähigkeit zum Wohle der Kunden und des Mittelstands vor Ort weiter erhöhen.

Es ist höchste Zeit, dass Landesfürsten, die ihre Bank behalten wollen, ihren Widerstand gegen die von den Sparkassen geforderten Fusionen aufgeben. Die Bundesländer müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, bevor der gesamte öffentliche Bankensektor Schaden leidet. Insofern bleibt zu hoffen, dass sich die betreffenden Landesregierungen nun nicht unter dem Rettungsschirm des Bundes entspannt zurücklehnen. ■

## JETZT HANDELN: BAYERISCHER RETTUNGSSCHIRM FÜR ARBEITSPLÄTZE

Während die Staatregierung schläft, zeigt sich die BayernSPD handlungsstark.

Die wirtschaftliche Rezession mit dem bereits begonnenen Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen in Bayern erfordert nach Ansicht der BayernSPD ein eigenes Konjunkturprogramm des Freistaates in Höhe von 800 Millionen Euro für das kommende Jahr. „Wir brauchen ein bayerisches Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung“, urteilen übereinstimmend SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget und BayernSPD-Vorsitzender Ludwig Stiegler.

Nach den Planungen der Landtagsfraktion sollten 200 Millionen in Hochschulbau und -sanierung fließen sowie weitere Finanzmittel aufgewendet werden für Staatsstraßen, Wohnungsbau und Maßnahmen wie beispielsweise den Bau und die Sanierung von kommunalen Krankenhäusern, Fahrradwegen, kommunalen Schwimmbädern, für Dorferneuerung und die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden.



BayernSPD-Chef Ludwig Stiegler: „Das CSU/FDP-Konjunkturprogramm hat die Wucht eines „Fliegenschisses.“

Das Sonderprogramm „Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze“ könne, so die haushaltspolitische Sprecherin Adelheid Rupp, ohne neue Schulden gestemmt werden. Allein in diesem Jahr sei mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro zu rechnen; notfalls müsse sich die Staatsregierung vom Dogma des ausgeglichenen Haushalts verabschieden.

„Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern. Dies gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für die Bundesländer und die Kommunen“, betont Franz Maget. Ludwig Stiegler fügt in Richtung CSU hinzu: „Was die Staatsregierung zur Konjunkturstabilisierung anbietet, hat die Wucht eines Fliegenschisses auf die Probleme, die es zu bewegen gilt. Kein zusätzlicher Impuls. Nur das alte Spielzeug wird für Weihnachten neu angestrichen. Das ist keine Antwort auf die

Analyse des Ministerpräsidenten zur wirtschaftlichen Lage. Bayern wird seiner Verantwortung für die deutsche Wirtschaft nicht gerecht.“ Ausdrücklich lobt Stiegler die Landtags-SPD: „Es ist gut, dass die SPD-Landtagsfraktion diesen Beitrag Bayerns einfordert und die verschlafene Staatsregierung aufgeweckt hat.“

### CSU ist Schutzpatronin der Reichen

Zu der Debatte um direkte Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger verweist die BayernSPD auf ihre Forderungen aus dem Wahlkampf. „Wenn es der CSU wirklich ernst wäre, die Bürger entlasten zu wollen, kann sie sofort damit beginnen und die Studiengebühren abschaffen, die Kinderbetreuung kostenfrei machen und Mindestlöhne gesetzlich einführen“, betont Franz Maget. Steuerentlastungen würden kurzfristig nicht wirken. ■



**Horst Arnold**  
(Fürth)



**Inge Aures**  
(Kulmbach).



**Sabine Dittmar**  
(Bad Kissingen).



**Martin Güll**  
(Dachau).



**Harald Güller**  
(Augsburg).

## 16 NEUE UND 1 RÜCKKEHRER IN DER FRAKTION

Fast die Hälfte ist neu. Die Landtags-SPD ist jünger und weiblicher geworden.

In der SPD-Landtagsfraktion hat ein Generationenwechsel stattgefunden; fast die Hälfte der Abgeordneten ist neu und hat zu einer Verjüngung beigetragen. Mit nunmehr 18 Frauen und 21 Männern ist es gelungen, den Frauenanteil wieder zu steigern – auf nun 46,15 Prozent. Dem gegenüber liegt der gesamte Landtag bei einem Frauenanteil von 31 Prozent, die CSU bei 21, die Freien Wähler bei 29, die Grünen bei 53 und die FDP bei 31 Prozent.

Weil Seehofer und seine Koalitionsparteien nicht in die Gänge kommen, schieben sich die ersten Arbeitssitzungen in den Dezember hinein. Erst jetzt ist klar, wie viele Vertreter die SPD in den einzelnen Ausschüssen hat. Die Arbeitsfelder unserer SPD-Abgeordneten und die Vorsitzenden der Arbeitskreise:

### Staatshaushalt und Finanzfragen:

Adelheid Rupp (Vorsitzende)  
Susann Biedefeld, Volker Halbleib  
Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer.

### Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz:

Franz Schindler (Vorsitzender)  
Horst Arnold, Markus Rinderspacher.

### Bildung, Jugend und Sport:

Hans-Urich Pfaffmann (Vorsitzender)  
Martin Güll, Karin Pranghofer  
Reinhold Strobl.

### Kommunale Fragen und Innere Sicherheit:

Helga Schmitt-Bussinger (Vorsitzende)

Inge Aures, Reinhold Perlak  
Harald Schneider.

### Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie:

Dr. Paul Wengert (Vorsitzender)  
Annette Karl, Bernhard Roos.

### Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Maria Noichl (Vorsitzende)  
Horst Arnold, Annette Karl.

### Soziales, Familie und Arbeit:

Christa Steiger (Vorsitzende)  
Diana Stachowitz, Angelika Weikert.

### Hochschule, Forschung und Kultur:

Isabell Zacharias (Vorsitzende)

Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein.

### Fragen des Öffentlichen Dienstes:

Stefan Schuster (Vorsitzender)  
Martin Güll, Diana Stachowitz.

### Eingaben und Beschwerden:

Achim Werner (Vorsitzender)  
Angelika Weikert, Margit Wild.

### Umwelt und Gesundheit:

Kathrin Sonnenholzner (Vorsitzende)  
Sabine Dittmar, Margit Wild  
Ludwig Wörner.

### Bundes- und Europaangelegenheiten:

Dr. Linus Förster (Vorsitzender)  
Inge Aures, Reinhold Perlak.



**Volker Halbleib**  
(Würzburg-Land).



**Annette Karl**  
(Weiden).



**Natascha Kohnen**  
(München-Land).



**Maria Noichl**  
(Rosenheim).



**Reinhold Perlak**  
(Straubing).



**Markus Rinderspacher**  
(München).



**Bernhard Roos**  
(Passau).



**Harald Schneider**  
(Main-Spessart).



**Diana Stachowitz**  
(München).



**Dr. Paul Wengert**  
(Marktoberdorf).



**Margit Wild**  
(Regensburg).



**Isabell Zacharias**  
(München).

## DER KAMPF UM DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT GEHT WEITER

Verfassungsexperte Dr. Klaus Hahnzog zur Verfassungsbeschwerde der BayernSPD beim Bundesverfassungsgericht.

**S**olange es in Deutschland den Kampf um demokratische Freiheiten gab, stand das Recht auf friedliche Versammlungen mit im Mittelpunkt“, sagt der Verfassungsexperte Dr. Klaus Hahnzog und warnt: „Jetzt droht in Bayern ein schlimmer Rückschritt. Diesen Rückschritt darf es nicht geben.“ Der bayerische Verfassungsrichter und ehemalige Vorsitzende des Verfassungsausschusses im Bayerischen Landtag sieht das neue Bayerische Versammlungsgesetz der CSU und der Staatsregierung vor allem durch eine weitere Bürokratisierung, verfassungsrechtliche Verstöße und eine Häufung von Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbeständen gekennzeichnet.

Noch vor Inkrafttreten des Bayerischen Versammlungsgesetzes am 1. Oktober 2008 reichten deshalb über zehn Organisationen – koordiniert von ver.di Bayern – beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerden ein.

»»  
Die Versammlungsfreiheit ist ... ein Stück ursprünglicher-ungebändigter unmittelbarer Demokratie.««

(Bundesverfassungsgericht)

Darunter der DGB Bayern, die BayernSPD, die FDP in Bayern, der Bayerische Journalistenverband, der Bund Naturschutz in Bayern und der Paritätische Wohlfahrtsverband in Bayern. Sie folgten damit der Argumentation und den verfassungsrechtlichen Bedenken des Verfassungsexperten, der auch als Sachverständiger zum gleichen Thema am Landtag in Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg tätig ist.

Mit den Verfassungsbeschwerden setzt sich der Widerstand gegen das Bayerische Versammlungsgesetz auch nach der Verabschiedung durch die CSU-Mehrheit in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag fort. Die neuen Regelungen wurden von der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion immer wieder damit begründet, es seien Vorschriften gegen extremistische Auswüchse, insbesondere gegen Neonazis erforderlich. „Dieses Ziel wurde aber verfehlt“, erläutert Klaus Hahnzog, der als

Experte die SPD-Landtagsfraktion im Anhörungsverfahren vertrat und die Verfassungsbeschwerde miterarbeitet hat. „Das Gesetz behindert eher diejenigen, die sich in Versammlungen gegen die Rechtsextremen wenden.“

Das Gesetzgebungsverfahren war selbst von mangelndem Respekt gegenüber dem hohen Gut der Versammlungsfreiheit geprägt: Bei der Anhörung der Staatsregierung, die dem Hearing im Landtag vorgeschaltet war, wurden praktisch ausschließlich Organe und Gremien einbezogen, die mit dem administrativen Vollzug des Versammlungsgesetzes, nicht aber mit dessen Nutzung befasst sind. Der DGB als Zusammenschluss der Gewerkschaften, die am häufigsten Versammlungen durchführen, wurde nicht gehört.

„Der Widerstand gegen das Bayerische Versammlungsgesetz wird weitergehen“, kündigt Klaus Hahnzog an: „Wir werden nicht locker lassen. ■“

# GUT AUFGESTELLT FÜR DIE EUROPAWAHL

Der BayernVorwärts präsentiert die Bewerberinnen und Bewerber aus den sieben Regierungsbezirken.



Die BayernSPD startet inhaltlich und personell gut aufgestellt in die Europawahl am 7. Juni 2009. In jedem der sieben bayerischen Regierungsbezirke kämpfen engagierte Kandidatinnen und Kandidaten für ein modernes, starkes und soziales Europa. Welche Plätze die bayerischen Bewerberinnen und Bewerber auf der SPD-Bundesliste einnehmen werden, entscheidet eine Konferenz am 8. Dezember 2008 in Berlin. Der Bayern Vorwärts stellt das Europa-Team vor.



**Für Oberbayern: Wolfgang Kreissl-Dörfler** ... (58) ist der Spitzenkandidat der BayernSPD zu Europawahl. Der gelernte Landwirt und Diplom-Sozialpädagoge ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der deutschen sozialdemokratischen EP-Abgeordneten im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Inneres und Justiz. Für Wolfgang Kreissl-Dörfler bringt nur ein geeintes Europa genügend Gewicht auf die Waage, um international auf die Zukunftsthemen Energieversorgung, Klimaschutz und globale Sicherheit den notwendigen Einfluss nehmen zu können. „Bei aller Freude über die wirtschaftlichen Erfolge der EU, ist es für uns Sozialdemokraten unabdingbar, dass das Soziale nicht nur in der EU, sondern weltweit Priorität haben muss“, erklärt Kreissl-Dörfler, „denn klar ist: Wenn es uns nicht gelingt, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, werden wir auch die ökologischen nicht in den Griff bekommen. Ökonomie, Soziales und Ökologie dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen positiv zusammenwirken.“

Kontakt: europa@kreissl-doerfler.de



**Für Unterfranken: Kerstin Westphal** ... Berufliches und gesellschaftliches Engagement gehören für die Schweinfurterin Kerstin Westphal (46) zusammen. Die ausgebildete Erzieherin, die auf Platz 2 der bayerischen Europaliste steht, arbeitet in einer Einrichtung für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Kerstin Westphal ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die überzeugte Gewerkschafterin war von 1996 bis 2008 Stadträtin in Schweinfurt. Ihr Motto für den Wahlkampf: „Eine Kette kennt keinen Anfang – das eine und unteilbare Europa ist die Vielfalt seiner Städte und Regionen.“

Kontakt: kontakt@kerstin-westphal.de



**Für die Oberpfalz: Ismail Ertug** ... (33) ist von Beruf Krankenkassen-Betriebswirt und seit 2004 Mitglied im Stadtrat von Amberg. Ismail Ertug kandidiert für das Europäische Parlament, weil er seinen Anteil leisten will für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, in der die Chancen auf Bildung und Arbeit gleich verteilt und für jeden zugänglich sind. Der überzeugte Europäer unterstreicht: „Frieden und Freiheit braucht Befürworter – dafür will ich offensiv werben.“

Kontakt: ismail.ertug@gmx.de



**Für Schwaben: Monika Borchert-Bösele** ... (53) aus Altusried im Allgäu ist davon überzeugt, dass sich Probleme wie der Klimawandel und der bewusste Umgang mit Ressourcen sowie ein faires Miteinander im wirtschaftlichen Bereich – gerade für klein- und mittelständische Betriebe – nur im europäischen Rahmen lösen lassen. Monika Borchert-Bösele ist verheiratet, hat einen Sohn und vier Enkelkinder. Von Beruf ist sie gelernte Erzieherin und Kauffrau. Als selbständige Unternehmerin leitet sie einen Büroservice für Event- und Seminarbetreuung sowie für Übersetzungen mit 16 freien Mitarbeitern.

Kontakt: borchert-boesele@t-online.de



**Für Niederbayern: Christian Flisek** ... (34) ist als Rechtsanwalt in Passau tätig und setzt sich für ein Europa ein, das seinen Bürgerinnen und Bürger mehr bietet als nur Konsumchancen auf liberalisierten Märkten. Neben seinem Beruf als Anwalt ist Christian Flisek Lehrbeauftragter für Unternehmensgründungsrecht an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Deggendorf. „Die Finanzmarktkrise hat deutlich gezeigt“, so Flisek, „dass wir auch im 21. Jahrhundert auf starke staatliche und demokratisch kontrollierte Institutionen nicht verzichten können. Öffentliche Güter und Dienstleistungen müssen erhalten bleiben. Privatisierung darf kein Selbstzweck sein.“

Kontakt: flisek@anwalt-passau.de



**Für Oberfranken: Carlo Stauch** ... (43) aus Kronach ist verheiratet, ein Kind, und von Beruf wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Abgeordnetenbüro. Der ehemalige Stadtrat von Ludwigsstadt setzt im Europawahlkampf besonders auf die Themengebiete Regional- und Strukturpolitik sowie Energie- und Umweltpolitik. Carlo Stauch ist leidenschaftlicher Europäer, der einer weiteren Regulierung im Bereich der Daseinsvorsorge (Wasser, ÖPNV, Strom und Gas) entschieden entgegentritt. Sein Europa der Zukunft muss den Bürgerinnen und Bürgern mit weniger Bürokratie, aber dafür mit mehr Demokratie entgegenkommen.

Kontakt: stauch-kronach@t-online.de



**Für Mittelfranken: Piotr Drozynski** ... (43) wurde in Polen geboren und siedelte 1972 im Alter von acht Jahren mit seiner Familie in die Bundesrepublik über. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt mit seiner Familie in Wendelstein. Das wichtigste Ziel für Piotr Drozynski ist, Hilfestellung für Kinder und junge Erwachsene aus bildungsfernen Schichten zu geben, um ihnen durch Bildung bessere Lebenschancen in Europa zu eröffnen. Weiterhin liegt ihm besonders die Sicherung der Energieversorgung am Herzen. „Und dies nicht nur vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Überlegungen“, so Drozynski, „sondern auch als Voraussetzung einer nachhaltigen Friedenspolitik in dem Bewusstsein, dass Energie ein Grund für Kriege ist.“

Kontakt: drozynski@web.de

# »WIR WOLLEN DAS SOZIALE EUROPA, DAS DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLT.«

Das BayernVorwärts-Interview mit dem Spitzenkandidaten der BayernSPD zur Europawahl, Wolfgang Kreissl-Dörfler.

In der ganzen Welt gilt Europa als Hort des wirtschaftlichen Wohlstands, der politischen Stabilität und des Friedens. Für die Menschen in der EU sind Grenzen ohne Schlagbäume oder der Euro als gemeinsames Zahlungsmittel inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Doch das Europa der 27 Mitgliedstaaten steht auch in der Kritik. Stichworte sind: Bürokratie, Schwerfälligkeit und Bürgerferne. Mit den Worten „Die da in Brüssel“ beginnen viele Sätze, in denen auch die Menschen in Bayern ihren Unmut über die Politik in der EU äußern. Auch in der BayernSPD gibt es viele, die Europa kritisch gegenüber stehen.

Warum lohnt es sich für Europa zu engagieren? Diese wichtige Frage hat der BayernVorwärts gestellt an Wolfgang Kreissl-Dörfler, Mitglied im Europäischen Parlament und Spitzenkandidat der BayernSPD für die Europawahlen im nächsten Jahr.

## Wolfgang, warum sollten sich Bayerns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa engagieren?

Die SPD war und ist die Europapartei in Deutschland und vor allem in Bayern. Aus diesem Grund sollten wir als BayernSPD mit Selbstbewusstsein und einer klaren pro-europäischen Botschaft nächstes Jahr in die Europawahl gehen. Wir wollen ein gutes Ergebnis erreichen und gegenüber der letzten Wahl 2004 deutlich zulegen.

Unser Zukunftsthema lautet: Das soziale Europa. Das ist sehr wichtig, vor allem für die Menschen im Freistaat. Wir brauchen deshalb ein sozialdemokratisches Gegengewicht im Europäischen Parlament gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat, die von Konservativen und Liberalen dominiert werden. Nur mit uns Sozialdemokraten wird sich ein soziales Europa gestalten lassen. Das hat auch Auswirkungen auf die Politik in Deutschland und Bayern.

## Du hast das zentrale Zukunftsthema genannt: Das soziale Europa. Was ist darunter konkret zu verstehen?

Die Menschen in Europa und in Bayern wollen mehr als den gemeinsamen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung. Sie wollen ein soziales Europa, das den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Politik stellt. Europa



**Wolfgang Kreissl-Dörfler:** „Im Mittelpunkt der europäischen Politik müssen der Mensch und seine Bedürfnisse stehen, wie sie in den sozialen Standards der EU-Grundrechtecharta beschrieben sind.“

muss in der Lage sein und auch den Willen haben, soziale Standards zu setzen und sie auch in anderen Teilen der Welt durchzusetzen.

Wir wollen deshalb die Arbeitnehmerrechte in Europa stärken und die Mitbestimmung in den Betrieben vorantreiben. Dazu gehören verstärkte Rechte beim Arbeitsschutz, bei der Gleichstellung, bei der Antidiskriminierung und bei Gesundheitsschutz. Und wir haben auch schon Erfolge erzielt: Die sozialen Standards in der EU Grundrechtecharta wurden von uns Sozialdemokraten hineingekämpft.

## Die Wahlbeteiligung ist gerade bei der Europawahl rückläufig. Was können wir dagegen tun?

Die SPD muss den Menschen klare politische Alternativen zum konservativ-liberalen Leitbild eines Europas des Marktes anbieten. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wollen wissen, wo's langgeht. Sie brauchen eindeutige Positionen. Dann entscheiden sie sich auch, zur Wahl zu gehen und uns zu wählen. Deswegen brauchen wir die klare Ansage: Ja zum sozialen Europa! Das ist der Standpunkt der BayernSPD.

## EUROPA? WIR STEHEN DAZU!

Am 7. Juni 2009 ist Europawahl. Sie wird eine Richtungsentscheidung sein. Die SPD will diese Wahl zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft machen. Die BayernSPD steht für ein soziales Europa des Fortschritts, des Friedens und der Freiheit. Eines muss dabei allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bewusst sein: Die Zukunft der europäischen Einigung ist offen. Dem anti-europäischen Populismus von rechts oder von links müssen wir ebenso eine klare Absage erteilen wie einem Europa des Freien Marktes, wie es sich die Neoliberalen und die Konservativen wünschen.

In den kommenden Ausgaben bis zur Europawahl werden wir uns deshalb verstärkt unseren Inhalten, einer modernen, innovativen und nachhaltigen Europapolitik, widmen und die Schwerpunkte des SPD-Europamanifestes „Für Europa: sozial und stark“ darstellen. Der Grundgedanke dieses Manifestes lautet: „Ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa wird sich nur in einem sozialdemokratischen Europa, mit einer starken SPD, starken Gewerkschaften und einer selbstbewussten Arbeitnehmerschaft durchsetzen lassen.“

Es lohnt sich, zu Europa zu stehen. Für ein Europa der Menschen. Dafür müssen wir im kommenden Jahr als BayernSPD gemeinsam und geschlossen streiten, kämpfen und gewinnen! ■

## POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Leider stand zum Redaktionsschluss noch nicht endgültig fest, welche/r prominente Redner/in zum Politischen Aschermittwoch der BayernSPD am 25. Februar 2009 kommen wird. Sicher ist, dass die Traditionsveranstaltung im altherwürdigen Wolferstetter Keller in Vilshofen zum ersten Mal vom neuen Ortsvereinsvereinsvorsitzenden Florian Gams eröffnet wird. Es sprechen weiter der bayerische Spitzenkandidat für die Europawahlen, Wolfgang Kreissl-Dörfler, und Landesgruppenchef Florian Probold. Weitere Infos in der kommenden Ausgabe.

# 90 JAHRE FREISTAAT BAYERN – LANDESGRUPPE FEIERT JUBILÄUM IN BERLIN

Christian Ude würdigt Kurt Eisner als Politiker, Visionär, Demokraten und Pazifisten.

**D**ie Bayerische Landesvertretung in Berlin war am 12. November rot: Mit mehr als 300 Gästen feierte die Bayerische SPD-Landesgruppe den 90. Jahrestag der Freistaatsgründung. Florian Pronold, Vorsitzender der Landesgruppe, hatte zu diesem Anlass Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, von Verbänden und Medien eingeladen.

Der Ort passte zum Anlass. Denn die Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund befindet sich in der Geburtsstadt des Freistaatsgründers: Kurt Eisner ist im Mai 1867 als Sohn eines jüdischen Fabrikanten in Berlin geboren. 1907 kam er nach Bayern, elf Jahre später war er der erste Ministerpräsident der neuen Demokratie. So stand er im Zentrum des Festvortrags von Christian Ude, Oberbürgermeister von München. Ude würdigte Kurt Eisner als Politiker, Visionär

## »ROTE BROSCHÜRE« KOMMT: 90 JAHRE FREISTAAT BAYERN

Zur Erinnerung an die Ausrufung des Freistaats Bayern vor 90 Jahren hielt Dr. Rudolf (Rudi) Schöfberger, langjähriger Bundestagsabgeordneter und von 1985 bis 1991 letzter Landesvorsitzender der BayernSPD vor der Organisationsreform, am 7. November 2008 an der Münchner Volkshochschule in Hadern eine Rede, die es verdient, nachgelesen zu werden. Der Landesvorstand veröffentlicht diese Rede in seiner Reihe „Rote Broschüren“. Bestellungen (Schutzgebühr zzgl. Postversand: 4,50 Euro) bitte direkt per Mail an Hans-Peter Faltermeier in der Druckerei richten: Hans-Peter.Faltermeier @spd.de



**Die Festrede von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude ließ die turbulenten Zeiten der Gründung des Freistaates Bayern vor 90 Jahren wieder aufleben.**



**Der Vorsitzende der Bayerischen SPD-Landesgruppe, Florian Pronold, freute sich über weit mehr 300 Gäste bei der Freistaatsfeier in Berlin.**

**OB Christian Ude im Gespräch mit Thomas Oppermann, dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Landesgruppenchef Florian Pronold und Vize Klaus Barthel.**



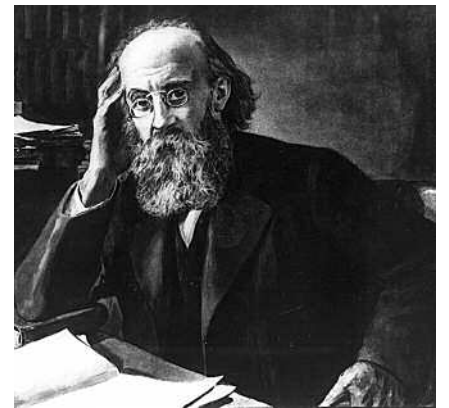
und Demokraten. Er hob seinen Mut, seine Klugheit und seinen politischen Instinkt hervor.

Christian Ude stellte Kurt Eisner auch als Pazifisten heraus: 1914 hatte er noch den Kriegskrediten zugestimmt, wurde aber bald zum entschiedenen Kriegsgegner. Er gründete die USPD mit und wurde ihr Vorsitzender in Bayern. Eisner rückte an die Spitze der Friedens- und Protestbewegung und rief in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 den Freistaat aus. In Flugblättern „An die Bevölkerung Münchens!“ verkündete er die Abschaffung der Monarchie: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“

Der Festredner betonte in seinem Vortrag Eisners Schnelligkeit: Die Republik in Bayern ist zwei Tage älter als im übrigen Deutschland. Und er berichtete von entscheidenden Verbesserungen, die Eisner in den ersten 100 Tagen Demokratie als Ministerpräsident einführte: Dazu zählte der Acht-Stunden-Tag und das Frauenwahlrecht, das die SPD 1891 als erste Partei in ihrem Parteiprogramm (Erfurter Programm) forderte.

Auf der Freistaatsfeier konnten sich die Gäste einen Einblick in diese Zeit verschaffen: Auf den Tischen lagen Flugblätter sowie der Aufruf von Eisner, der am 8. November 1918 in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ abgedruckt wurde. Eine Ausstellung präsentierte Fotos, Artikel und Dokumente - und das vorleuchtenden Stellwänden, die für das Chiemgau als Reiseziel warben. (Am Abend vor der Freistaatsfeier war in der Landesvertretung eine Chiemgau-Ausstellung ausgerechnet von einem Wittelsbacher-Nachfahren eröffnet worden, der dort mit Musik empfangen und als S.K.H. (Seine Königliche Hoheit) angekündigt wurde.)

Die Staatsregierung tut sich ja schwer mit der Abschaffung der Monarchie. Sie schmückt sich gerne mit Adeligen aller Art und vermeidet alles, um an den Freistaats-Gründer Kurt Eisner zu erinnern. Bis heute gibt es für ihn kein würdiges und sichtbares Denkmal. „Der Staatsregierung fällt es schwer, sich an den Beginn der Demokratie in Bayern zu erinnern“, sagte Florian Pronold. „Sie vernachlässigt diesen Teil der demokratischen Tradition.“ Das wirkt sich aus bis zur Berichterstattung in den Medien: Die Freistaatsfeier in Berlin war dem CSU-treuen Bayerischen Fernsehen keine Meldung wert.



**Mit Kurt Eisner kam am 8. November 1918 die Demokratie nach Bayern. In nur 100 Tagen schaffte der erste Ministerpräsident Bayerns entscheidende Neuerungen wie den Acht-Stunden-Tag und das Frauenwahlrecht.**

Dagegen erinnert die BayernSPD jedes Jahr an Eisner. Auch im nächsten November werden die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Eisner und die Anfänge der Demokratie in Bayern feiern. ■

## LANDESGRUPPE LÄDT GEWERKSCHAFTS-NACHWUCHS EIN

Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten im November zu Besuch in Berlin. Eine Woche lang haben sie die Abgeordneten begleitet und Einblicke in die parlamentarische Arbeit bekommen. Sie nahmen an einer Fraktionssitzung und an den Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen teil, sie besichtigten das Reichstagsgebäude und diskutierten mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und Fraktionschef Peter Struck.

Einen Abend trafen sie sich mit mehreren Mitgliedern der Bayerischen Landesgruppe: Die Gewerkschaftsjuniorinnen und -juniorinnen berichteten von ihrer Arbeit und stellten Fragen zur aktuellen Politik. Sie diskutierten mit Florian Pronold über Finanzkrise und Reform der Erbschaftsteuer. Angelika Graf und Brunni Irber gaben ihre Einschätzung über den Afghanistan-Konflikt wieder. Klaus Barthel beantwortete Fragen zu Arbeitnehmerthemen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt jedes Jahr Nachwuchs aus den Gewerkschaften ein. Die Jugendlichen sollen den Bundestag kennenlernen und Kontakte knüpfen können.



## KOMMUNALE DASEINSVORSORGE ALS GEGENMODELL ZUM PRIVATISIERUNGSWAHN

Die rücksichtslose Durchsetzung des Prinzips „Privat vor Staat“ schien in den letzten zehn Jahren vielen die einzige Antwort auf die Globalisierung zu sein. In Bayern droht neue Gefahr durch den Eintritt der Privatisierungs- und Liberalisierungspartei FDP in die Staatsregierung. Doch mittlerweile ist erfreulicherweise Ernüchterung eingeleitet.

**I**m Interview mit dem BayernVorwärts zieht der Präsident des Deutschen Städtetags, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, Bilanz und beschreibt die kommunale Daseinsvorsorge als Gegenmodell zum Privatisierungswahn.

**Als Kämpfer für die Daseinsvorsorge stand Christian Ude häufig nahezu allein gegen eine Bastion sogenannter Wirtschaftsexperten. Wie siehst Du die Situation heute?**

Gut ein Jahrzehnt lang haben wir uns bei jeder Talkshow und jeder Bundes-



Münchens OB Christian Ude als Vorkämpfer für die kommunale Daseinsvorsorge.

städtischer Wohnungen die Schulden abbauen konnte.

Aber heute schaut die Welt ganz anders aus. Die neoliberalen Ideologien stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Doktrinen. Wirtschaftsfunktionäre und Bankvorstände, Wirtschaftsjournalisten und -professoren suchen verzweifelt in ihren Archiven, ob sie in den letzten Jahren neben all den marktradikalen Parolen nicht auch einmal eine kritische Bemerkung haben fallen lassen, mit der sich heute noch Staat machen ließe und mit der man sich aus der Mithaftung herausstellen könnte.

**Kann man aus der aktuellen Krise etwas lernen?**

Die gegenwärtige Krise ist aus meiner Sicht eine Chance, mit ideologischen Verblendungen aufzuräumen und fragwürdige Patentrezepte mit ihren Auswirkungen zu konfrontieren. Endlich wird bei der Modernisierung der Städte, also bei ihrer Anpassung an heutige und künftige Erfordernisse wieder gefragt, was tatsächlich dem Gemeinwohl dient. Und modern ist, was auch auf lange Sicht Sinn macht und den Menschen dient.

Die Orientierung an der schnellen Rendite, am nächsten Quartalsbericht ist keine gute Richtschnur - weder für Unternehmen noch für die Gesellschaft. Kurzfristiges Gewinnstreben und Nachhaltigkeit vertragen sich nicht.



**S-Bahn, U-Bahn, Tram und Bus: Mit einem modernen, attraktiven Nahverkehrsangebot im Taktverkehr – hier die neue Niederflurtrambahn – gewinnt die Landeshauptstadt München eine steigende Zahl von Fahrgästen für den ÖPNV.**

BILD: KERSTIN GROH

tagsdebatte, jeder Messeeröffnung und jeder Akademietagung sagen lassen müssen, was modern ist in Zeiten der Globalisierung: die rücksichtslose Durchsetzung des ökonomischen Prinzips als oberste Richtschnur menschlichen Handelns in sämtlichen Lebensbereichen!

„Privat vor Staat“ hieß es nicht nur in Parteiprogrammen, sondern sogar in Regierungserklärungen. Der Freistaat Bayern hat sein Energieunternehmen privatisiert, das einmal das viertgrößte war in Deutschland. Viele Landkreise – auch das Münchner Umland – haben ihre öffentlichen Krankenhäuser privatisiert. Die Stadt Dresden lässt sich dafür feiern, dass sie mit dem Verkauf sämtlicher

**Wasserkraft – schonend genutzt – gehört auch zum Münchner Angebot an erneuerbaren Energien.**

BILD: FELIX STECK



**München baute vor 20 Jahren die erste bayerische Windkraftanlage – heute eine Selbstverständlichkeit.**

BILD: CASPARI

**Wie sieht das Gegenmodell zu „Privat vor Staat“ aus?**

Die kommunale Daseinsvorsorge ist das Gegenmodell. Und es hat sich bewährt. Kommunale Unternehmen orientieren sich statt an den Zahlen des nächsten Quartals an den Bedürfnissen der nächsten und übernächsten Generation. Dieses Zukunftsmodell wird hier in München und vielen Kommunen, die im Deutschen Städtetag organisiert sind, programmatisch und kontinuierlich weiterentwickelt.

Nehmen wir das Beispiel Wasser: Wasser ist eben keine x-beliebige Handelsware, sondern ein Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Stadtwerke München sorgen seit Jahrzehnten für die Versorgung mit hervorragendem Trinkwasser. Dafür unterstützen sie Ökolandwirtschaft und investieren vorausschauend.

Ein weiteres Beispiel sind die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die mit ihrer ausgleichenden und rücksichtsvollen Mietpolitik gerade in Zeiten steigender Mieten für die soziale Ausgewogenheit der Städte von großer Bedeutung sind.

Auch die Stadtparkasse ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Es sind die kommunalen Sparkassen, die sich um die örtliche Wirtschaft kümmern und den Mittelstand vor Ort finanzieren. Während andere sich in der großen Welt des schnellen Geldes verlockt haben, konzentrierten sich die Sparkassen auf das Kerngeschäft der Banken. Aus diesem Grunde stehen sie jetzt besser da als viele andere.

Aber eines ist dabei ganz wichtig: Selbstverständlich müssen öffentliche Unternehmen weiterhin ihre Reformfähigkeit beweisen. Ohne eine moderne Unternehmensführung, betriebswirtschaftliche Methoden und eine hohe Kundenorientierung werden sie rasch ins Hintertreffen geraten und das Vertrauen der Bevölkerung verlieren. ■

# VON FAST-TAG BIS FAST-NACHT

Gerald Huber setzte seine bairische Wortkunde fort. Hörenswert.

„Von Fast-Tag bis Fast-Nacht“ hat Gerald Huber die vierte Folge seiner „kleinen bairischen Wortkunde“ überschrieben. Seine Sprachlehre kann nicht nur Altbayern, sondern auch Alemannen und Franken neben Wissen auch sprachliches Selbstbewusstsein vermitteln.

Das meint auch Hans Well von der „Biermösl Blossn“. Im Vorwort zu Hubers CD warnt er vor bayerischer Sprachvergessenheit, weil dabei Menschen herauskämen, „die so reden, wie Gewerbemischgebiete ausschauen“.

Bei seinem Gang durch die Feiern des (Kirchen-)Jahres folgt Gerald Huber diesmal nicht nur den etymologischen Wurzeln der Fest- und Feiertagsnamen, sondern auch deren Herkunft. In 13 Kapiteln bewegt er sich durch die vier Jahreszeiten – auch das eine Vorstellung, die in unserem mentalen Kalender so fest verdrahtet ist, als sei die Vierzahl von der Natur selbst vorgegeben. Unsere Vorfahren kamen mit zwei Jahreszeiten gut



Die CD „Von Fast-Tag bis Fast-Nacht – Eine kleine bairische Wortkunde IV“ von Gerald Huber gibt's im BRshop unter der Art.-Nr. 02847614 für 14,95 Euro, telefonisch unter 01805/15 17 19 oder im Netz unter [www.br-shop.de](http://www.br-shop.de)

aus. „Frühling“ und „Herbst“ wurden erst später erfunden.

Mit seinen Fragen erwischt Huber auch gestandene Bayern ein ums andere Mal auf dem falschen Fuß oder, vielleicht genauer, fußlos. Wer wüsste denn auf Anhieb präzise anzugeben, von wann bis wann die Weihnachtszeit denn dauere, was Weihnachten mit Weihenstephan verbindet und warum der „gute Rutsch“, den wir zum Jahreswechsel wünschen, hebräisch-jüdischen Ursprungs ist?

Aus den rund 60 Minuten dieser so kurzweiligen wie lehrreichen Unterrichtung können hier nur Stichworte genannt werden. Zum Schluss noch ein Tipp für den Plenargebrauch: Der Zwischenruf „Lügen haben kurze Beine“ könnte zu einer Rüge seitens des Präsidenten führen. „Übers Jahr apert ois aus“, meint exakt dasselbe und bleibt wahrscheinlich ungerügt – jedenfalls bis auch im Landtag bairisch wieder wenigstens verstanden wird. ■



## VOLLMAR-AKADEMIE IN KOCHEL: JAHRESPROGRAMM IST DA

Das Jahresprogramm 2009 der Georg von Vollmar-Akademie Kochel am See ist ab sofort veröffentlicht: in der Jahresprogramm-broschüre sowie unter der ganz neu gestalteten Internetseite [www.vollmar-akademie.de](http://www.vollmar-akademie.de).

Die Akademie freut sich, ganz aktuell mitteilen zu können, dass der Gütesiegelverbund Weiterbildung der Georg von Vollmar-Akademie nach einem 1,5 Jahre langen Einführungsprozess im September 2008 die Anerkennung als zertifizierte Bildungseinrichtung verliehen hat.

Gerne schickt die Akademie Programm-broschüren zur persönlichen Werbung für Kochel, weil die immer noch die beste ist.

Viel Spaß beim Stöbern durch die Broschüre bzw. Homepage, und am besten direkt im Internet auf [www.vollmar-akademie.de](http://www.vollmar-akademie.de) anmelden.

# UNSER GROSSES WEIHNACHTSPREISRÄTSEL

Auch zu diesem Jahreswechsel gibt es wieder unser großes Preisrätsel zum Jahresende, das sich in den letzten Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut hat.

1		2	3	4		5		6	7	8
		9						10	11	
12	13	14				15				
16								17		
	18				19		20			
		21		22			23	24	25	
26	27		28		29	30	31	32		
33		34		35	36					
37									38	
39		40								

Lösungswort:

1	32	40	14	11	29
---	----	----	----	----	----

Bitte in die Kästchen die richtigen Wörter eintragen, die nebenstehend umschrieben sind. Das Lösungswort ergibt sich aus den rot unterlegten Buchstaben. Es beschreibt einen Begriff, der unserer Meinung nach untrennbar mit Arbeit verbunden ist. Dieses Lösungswort bitte bis zu 15. Januar 2009 per Post (BayernVorwärts, Oberanger 38/II, 80331 München), FAX (089 - 2317 11-38) oder MAIL (bayernvorwaerts@spd.de) einsenden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Zu gewinnen gibt es in diesem Jahr als Hauptpreis eine Fahrt mit dem Spitzenkandidaten der BayernSPD für die Europawahl am 7. Juni, Wolfgang Kreissl-Dörfler, ins Europäische Parlament nach Straßburg. Zudem gibt es 3 x das aktuelle Buch von Franz Müntefering „Macht Politik!“ inklusive persönlicher Widmung des SPD-Vorsitzenden. In seinem Sinne, klare Kante: Macht mit und gewinnt!

## WAAGRECHT:

(1) Fällt nicht ganz zufällig auf Mitwinter – (9) Straße kommt ganz schön französisch daher – (10) Jubellied, nach deutschem Kommissar benannt? – (12) Machen Maler, Kammermusiker und Finanzminister – (16) Mehr als Privatsender, genug gegessen – (17) Pharaonen-Flüßchen mit Überschwemmungsneigung – (18) Nur ..., dann klappt's schon – (19) Kurze Susanne, nah am Wasser gebaut – (21) Männer, mit wo- Frauen; engl. – (23) Hieß früher mal Eger – (26) Was haben Größe und Gram gemein? – (28) Sag niemals ... - (31) Verdeckt Einöde an oberster Stelle – (33) Kubikdezimeter Flüssigkeit – (36) Früher Lehrling, heute nur noch Schreibgerät – (37) Brücke bis zum Beginn des Essens; fr. – (38) Ganz vorne im Kfz.-Kennzeichen-Alphabet – (39) Völlig ungewöhnlich, dieser Absturz.

## SENKRECHT:

(1) Da ist der Sturm ganz schön lau – (2) Falsche Annahme, von der man wahrhaftig überzeugt ist – (3) Metall-Erde in typischer Behausung – (4) Ein... lässt keine Hoffnung – (5) Compact Disc; Abk. – (6) Ganz schön schwer, so eine Million Gramm – (7) Arg verkürzter Stoiber-Vorname – (8) Jetzt privatisieren wir mal schön, sagen die neuen Regierungspartner der CSU, die so sind – (13) Allein wenig beachtet, aber doppelt ganz schöner Aufwand – (15) Dehydriertes Gras – (19) Spanische Mittagsruhe – (20) Schwimmt, kann auch mit Mann und Maus untergehen – (22) Das Wesentliche an Vernickelungen; Abk. – (24) Eines der vier unteren Enden von Pferden und Kühen – (25) Oberbayerisches Benediktinerkloster mit Bier und Likör – (27) Nicht ganz Bauteil für die erste Frau, mit „fein“ bekannt aus der Unterwäsche – (30) Geschmackssicherheit – (34) Heißgetränk mit Japan-Zeremonie – (35) Mitten in Tarife.

## LIEBE LESERINNEN UND LESER DES BAYERNVORWÄRTS!

Wir wünschen Euch allen eine friedliche und fröhliche Weihnachtszeit und für das kommende Jahr allerbeste Gesundheit und viel Kraft sowie zwei große Erfolge bei der Europawahl am 7. Juni und der Bundestagswahl am 27. September!

Eure Redaktion

## FUTTER FÜR MUND FUNK IM DEZEMBER 2008/JANUAR 2009

Die neue Bayerische Staatsregierung kommt nicht in die Gänge. Brennende Probleme werden ausgesessen. Und die Wirkung der FDP ist gleich Null. Wie gehabt: Arroganz, eigene Untätigkeit, Aussitzen, Geld fordern von Anderen, Schimpfen auf andere.

B-10-2008: Abschaffung der Studiengebühren

C-01-2008: Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP

L-01-2008: Bayern muss Milchbauern helfen

V-02-2008: Der Eiertanz der CSU um die Agro-Gentechnik geht mit der FDP weiter

W-01-2008: SPD will eigenes bayerisches Konjunkturprogramm

### Und so geht's:

Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.

Download im Internet unter [www.bayernspd-mundfunk.de](http://www.bayernspd-mundfunk.de)

Per E-Mail: [info@bayernspd.de](mailto:info@bayernspd.de)

(Datei oder Ausdruck? Absender!)

Per Fax: 089 - 23 17 11 38

(Absender-Faxnummer!)

Telefonisch: 089 - 23 17 11 0

Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München

## ENDE EINER UNTERFRÄNKISCHEN ÄRA: UWE LAMBINUS



Er stand fast 32 Jahre an der Spitze des SPD-Unterbezirks Main-Spessart. Jetzt ist Uwe Lambinus Ehrenvorsitzender.

„Ja, es ist in dieser Zeit nicht einfach, Sozialdemokrat zu sein. Aber, seien wir ehrlich, war es dies je, insbesondere in unseren Breiten...?“ Mit diesen Worten eröffnete Uwe Lambinus am 16. September 2006 den Parteitag der Main-Spessart-SPD, dessen Unterbezirk er bis Mitte November 2008 fast 32 Jahre vor stand. Politisch leicht war es für den 1941 in Würzburg geborenen Uwe Lambinus wirklich nie; und doch hat er viel erreicht. 1956 trat er als 15-Jähriger der SPD bei, schon 1967 wurde er zum Ersten Bürgermeister von Zimmern gewählt – mit 26 Jahren war er damals Bayerns jüngster Bürgermeister. Fünf Jahre später, bei dem Triumph von Willy Brandt 1972, zog es Uwe Lambinus in den Deutschen Bundestag. Bis 1994 prägte er als Bundestagsabgeordneter die Arbeit der Bayerischen Landesgruppe in Bonn. Ab 1971 bis 1984 war Uwe Lambinus im Landesvorstand der Bay-

ernSPD, bis 2007 im Vorstand der UnterfrankenSPD. Obwohl der Träger des Bundesverdienstkreuzes oft hart mit den politischen Entscheidungen der BundesSPD ins Gericht ging, stand er dennoch treu zur Partei, ging mit ihr durch alle Höhen und Tiefen des politischen Lebens.

Jetzt haben die Parteifreunde den langjährigen Kreisrat (seit 1972) und Stadtrat (Marktheidenfeld) zum Ehrenvorsitzenden des Unterbezirks Main-Spessart gemacht.

Gewiss wird er, nicht nur an dieser Stelle, weiterhin für den demokratischen Sozialismus streiten, denn – so schloss er seine Rede von 2006: „Es lohnt sich, für unsere Partei zu arbeiten, für sie zu streiten und – auch dies gehört dazu – manchmal auch für sie zu leiden.“

Die BayernVorwärts-Redaktion wünscht Uwe Lambinus das Beste und dankt ihm für seine aufopferungsvolle Arbeit! ■

## BUCHTIPP

Der Historiker Richard W. Dill geht in seinem Buch „Niederbayern 1848. Über die schwierigen Anfänge der Demokratie – die niederbayerischen Abgeordneten in der Paulskirche“ auf Spurensuche in seiner Heimat: Wer waren die neun Vertreter Niederbayerns 1848 im Parlament, und welche politischen Ansichten brachten sie aus der katholischen Provinz mit nach Frankfurt?

SPD-Mitglied Dill gelingt es, 150 Jahre zurückliegende Historie lebendig werden zu lassen. Dabei besticht er durch eine lebendige und erfrischende Sprache, teilweise sogar durch leise, aber dennoch deutlich vernehmbare Ironie.

Richard W. Dill: Niederbayern 1848.

Über die schwierigen Anfänge der Demokratie – die niederbayerischen Abgeordneten in der Paulskirche. Broschur, 256 Seiten, mit

10 s/w-Fotos, 16,80 Euro

ISBN 978-3-929517-82-8

[www.lichtung-verlag.de](http://www.lichtung-verlag.de)